

Peter Stiegnitz

Ein politisches Feigenblatt

Viktor Orbáns Unterstützung jüdischer Einrichtungen

Durchsichtig ist das Bemühen der ungarischen Regierung unter Viktor Orbán zugunsten zahlreicher jüdischer Aktivitäten, die von ihr plakativ unterstützt werden. Der pseudo-philosemitische Anstrich dient lediglich dem besseren Image Ungarns in den europäischen Medien, denn am politischen Kurs der nationalkonservativen Administration hat sich keineswegs etwas geändert.

Imposant sieht das »jüdische Programm« auf den ersten Blick schon aus. Es umfasst:

- die Holocaust-Gedenkstätte in der Páva Gasse 39 im 9. Bezirk. In einer alten Synagoge (sie wurde 1924 vom Oberrabbinat eingeweiht) des Architekten Lipot Baumhorn, der auch 21 andere Synagogen in der Stadt erbaute, befand sich 1944 ein Sammellager für den Weitertransport jüdischer Opfer. Hier wird eine ständige Ausstellung unter dem Titel »Von Einrichtung bis Völkermord« gezeigt.
- das Jüdische Museum in der Dohány Gasse 2 im 7. Bezirk. Hier stand eine der vielen Budapester Synagogen, die 1859 eingeweiht wurde. In diesem Museum wird unter anderem auch eine reichhaltige Judaica-Sammlung präsentiert.
- die Lauder-Javne Schule, die als öffentliche Bildungsanstalt 1996 eröffnet wurde.
- die Mikve, ein rituelles Bad in der Kazinczy Gasse 16.
- ein jüdisches Gebetshaus aus dem Mittelalter steht im Budaer Burgviertel in der Tancsics Mihály Gasse 26. Es wurde im Jahre 1360 erbaut und eingeweiht. Mehrere andere orthodoxe Gebetshäuser stehen auch heute noch in Budapest.
- die große »Hauptsynagoge« in der Dohány Gasse 2 im 7. Bezirk, die im Jahre 1859 eingeweiht wurde, kennen viele Besucher von Budapest.
- die Raoul-Wallenberg-Statue in der Erzsébet Szilágyi Allee sowie die »Schuhe« am Pester Donau-Ufer. Die Statue soll an den schwedischen Diplomaten und seine Rettungsaktionen erinnern, das 40 Meter lange Mahnmal mit 60 Paar Schuhen steht für die jüdischen Opfer, die von Nazis erschossen und in die Donau geworfen wurden.

Hinter diesen und anderen Einrichtungen und Veranstaltungen steht die nationalkonservative Regierung Ungarns – eben jene Regierung, die auch zahlreiche antisemitische Kundgebungen ohne mit der politischen Wimper zu zucken zulässt. Über diese erschreckende Passivität hinaus gedachte die Orbán-Regierung selbst voriges Jahr anlässlich des 70. Jahrestages der jüdischen Deportation aus Ungarn mehr der gefallenen Soldaten, darunter auch mehrere SS-Sympathisanten, als der jüdischen Opfer.

Überhaupt wird das Jahr 2014 in Ungarn als das Jahr der Geschichtsfälschung in die Annalen eingehen. Zunächst wurde schamlos verschwiegen, dass der »Reichsverweser« Miklós Horthy zwar den Abtransport von Budapester (meist assimilierter) Juden verhinderte, so lange ihm das mög-

lich war, gleichzeitig jedoch nichts gegen die Auslöschung frommer Gemeinden in den Komitaten (Bundesländer) unternahm. Selbst der Überfall auf die damalige Sowjetunion wurde von offiziellen Stellen als die »Verteidigung der ungarischen Heimat auf den russischen Schlachtfeldern« verbrämt. Wie sehr die Regierung sogar das Weißwaschen ungarischer Gendarmerie-Einheiten betreibt, die federführend an der Deportation der Juden beteiligt waren, zeigen die zahlreichen Gedenkveranstaltungen für diese Mörder.

600.000 ERMORDETE JUDEN

Die Regierung Horthy hatte bis 1944 zahlreiche der aus anderen Ländern nach Ungarn geflüchteten Juden ausgewiesen und diese damit direkt ihren Mördern überlassen. Nach der deutschen Besetzung Ungarns am 19. März 1944 nahmen die großen Deportationswellen ihren Anfang. Insgesamt wurden 600.000 Juden in Ungarn selbst oder in Auschwitz und Mauthausen ermordet. Der Direktor des regierungseigenen historischen Institutes »Veritas-Igazság« (»Wahrheit«), Sándor Szakály, wollte krampfhaft beweisen, dass die Ermordung der Juden erst nach der deutschen Besetzung erfolgte. Als feinfühliges Regierungsgetreuer sprach er in einem Interview mit der ungarischen Nachrichtenagentur MTI von »bedeutenden Verlusten« der ungarischen Juden, und die Ausweisung der jüdischen Flüchtlinge aus Ungarn bezeichnete er als »fremdenpolizeiliche Angelegenheit«.

Die große Geschichtsfälschung der Orbán-Regierung ist auf die historische Generalamnestie des Landes fokussiert, da Ungarn, so zumindest die offizielle Lesart, »zwischen dem 19. März 1944« und dem »2. Mai 1990 die Souveränität verloren hat«. Dass breite Bevölkerungsschichten des Landes das Ende der Nazi-Diktatur nicht als »Befreiung« bezeichnen, entspricht voll und ganz der Orbánschen Politik.

Es gibt natürlich in Ungarn immer noch Stimmen der historischen Wahrheit. So auch der Historiker Krisztián Ungváry, der eindeutig beweist, dass die »ungarischen Behörden die Juden mit großem Eifer deportiert« haben und »sie sich von deutschen Aufforderungen zu Mäßigung [...] nicht stoppen ließen.« Obwohl Ungarn von Nazi-Deutschland besetzt war, erwiesen sie sich als gute Verbündete im Kriegseinsatz. Das in Budapest voriges Jahr aufgestellte »Besetzungsdenkmal«, das versucht, die Schuld am Holocaust nur den Deutschen anzulasten, bezeichnet Ungváry als »eine grobe und tendenziöse Geschichtsfälschung«.

RITUALMORDLEGENDE IM PARLAMENT

Die mittelalterlichen Ritualmordlegenden in Ungarn vom Ende des 19. Jahrhunderts erleben jetzt im Parlament – kaum zu glauben – ihre entsetzliche Wiedergeburt. Im Jahre 1882 wurden mehrere jüdische Familien im ostungarischen Dorf Tiszaeszlár beschuldigt, ein 14-jähriges Mädchen

ermordet zu haben, um sein Blut zu Pessah »aufzischen« zu können. Da die verlogene Anklage bald als solche entlarvt wurde, sprach das zuständige Gericht die verhafteten Juden frei. Gegen diesen Freispruch protestierte vor kurzem der Abgeordnete der Neo-Nazi-Partei Jobbik, Zsolt Baráth. Er behauptete in seiner Rede im Parlament, dass der Richter damals nur »aufgrund äußeren Drucks den Freispruch verkündete« – so Karl Pfeifer in einem »Die Presse«-Artikel. Und Pfeifer zitiert Baráth weiter: »Wir müssen Anklage erheben gegen den Geist, der sich seit 1883 ständig im Karpatenbecken in unserem Leben manifestiert.« – Nach zwei Parlamentswahlen bildet Jobbik immer noch die drittstärkste Fraktion im ungarischen Parlament.

Die »feine« Sprache der Partei zeigte Zsolt Baráth beispielhaft in seiner Replik auf eine Rede der österreichischen »Grünen«- Abgeordneten Ulrike Lunacek im Europarlament, in der sie auf antisemitische Parolen von Orbán-Sympathisanten hinwies. Baráth kommentierte: »Da kommt so eine gehirnamputierte, gründige Idiotin an, Ulrike Lunacek, und das ist noch viel zu fein ausgedrückt.« (zitiert nach Pfeifer).

Wer jetzt jedoch glaubt, die Anhänger von Jobbik rekrutierten sich ausschließlich aus bildungsfernen Randschichten der Gesellschaft, Juden- und Zigeunerhassern, irrt sich gewaltig. Bei einer voriges Jahr durchgeführten Befragung ungarischer Studenten haben sich über 33 Prozent als Jobbik-Wähler bekannt. Der zuständige Minister wollte dieses Ergebnis aus guten Gründen nicht kommentieren, da Orbáns nationalkonservative Fidesz-Partei jedwede scharfe Abgrenzung zu der Neo-Nazi-Partei Jobbik meidet. Orbán hält – wie er es selbst formuliert – nichts von einer »liberalen Demokratie«. Vielleicht umso mehr von einer (natürlich von ihm) »gelenkten Demokratie«.

Die unzähligen neofaschistischen Aussagen gar nicht so weniger Jobbik-Politiker stören sogar den Chef dieser Partei, Gábor Vona. Er versucht vor allem westeuropäischen Medien gegenüber zu beschwichtigen: »Unsere Leidenschaftlichkeit und Unmutsbekundungen führten oft zu Stilfehlern.« Und dann bekundet Vona, dass »die Fidesz-Regierung wie Jobbik spricht ...«. Bevor ihm seine empörten Anhänger davonlaufen, distanziert er sich gleich wieder von der Regierung: »...aber wie die Sozialisten handelt.«

BESORGNISERREGENDER WIDERSPRUCH

Der Widerspruch zwischen dem Katalog der von der ungarischen Regierung geförderten jüdischen Veranstaltungen und der antisemitischen Atmosphäre, die auch von der Regierung geduldet wird, ist eklatant und besorgniserregend. Wie sehr Orbán, dem man persönlich keinen Antisemitismus vorwerfen kann, die Jobbik direkt unterstützt, beweist die Berufung von Tamás Sneider zum Vizepräsidenten des ungarischen Parlaments. Sneider gehörte als Sprecher des »Vereins Nationaler Jugend« ideologisch gesehen sogar zum rechten Flügel der ultrarechten Jobbik. Orbán selber stimmte der Ernennung Sneider zum Vizechef im Parlament zu.

In Ungarn ist Sneider polizeibekannt. Er gehörte unter anderem zu den Randalierern, die aus

Protest gegen den damaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Gyurcsány das Fernsehgebäude stürmten, und er sympathisierte offen mit der berüchtigten, mittlerweile verbotenen »Ungarischen Garde«. Seit 2007 ist Sneider Jobbik-Mitglied, und bald danach wurde er zum Vizechef der Partei ernannt. Der »urechte Ungar« (»Meine Familie lebt hier seit 300 Jahren«) stellte gegen seine Eltern einen Entmündigungsantrag, um sich den Familienbetrieb einzuverleiben. Zu seinem Pech attestierte der vom Gericht bestellte Mediziner die »volle geistige und seelische Handlungsfähigkeit« der Eltern.

Viktor Orbán, der Supernationalist, teilt in manchen Fällen auch selbst die Sprache der Jobbik. Anlässlich der »Charlie Hebdo«-Morde in Paris erklärte er unmissverständlich: »Wir wollen keine Minderheit unter uns sehen, die einen kulturellen Hintergrund hat, der von unserem abweicht.« Und dann der bekannte rechtsextreme Spruch. »Wir wollen Ungarn als Ungarn bewahren.« »Herr Ministerpräsident, seien sie beruhigt; niemand will Ungarn stehlen noch unterwandern.« Man verzeihe dem Autor diese Orbán-Beruhigung, aber er erinnert sich an die einzige Frage seiner Studenten an der Budapester ELTE-Universität anlässlich des EU-Beitritts Ungarns: »Herr Professor! Werden wir auch als EU-Mitglieder unser Ungarntum behalten?« Ich habe damals meine Studenten beruhigt: »Ja. Das wird sicherlich möglich sein.«

Wie sehr sich Orbáns extrem-nationalistische Politik mit der der Jobbik deckt, bestätigte Ágnes Vadai, Politikerin der »Demokratischen Koalition« in Ungarn: »Orbán vertritt die radikale Politik von Jobbik«.

KEINE PROVENIENZFORSCHUNG

Während in nahezu allen europäischen Ländern Historikerkommissionen an der Provenienzforschung, also dem Aufspüren und der Rückerstattung geraubten jüdischen Gutes, arbeiten, kennt man in Ungarn keine solche Institution – obwohl jüdisches Vermögen, bewegliches wie unbewegliches Gut, schamlos geraubt wurde. So haben am Holocaust nicht nur zahlreiche Ariseure im großen Stil, sondern auch gewöhnliche Diebe in Naziuniform profitiert. In mehreren ungarischen Museen, selbst im renommierten »National-Museum« und in der »National-Galerie« gibt es zahlreiche Kunstwerke, die ihren jüdischen Besitzern seit Anfang der 1940er Jahre systematisch entwendet wurden.

Fachleute beziffern die Zahl der geraubten Kunstgegenstände auf mehrere Tausend. Deren Herkunft ist nicht nur »ungeklärt«, sondern sie wurden direkt aus jüdischen Häusern und Wohnungen gestohlen. In diesem Zusammenhang erwähnt die Wiener Zeitschrift »NU« die so genannte »Herzog-Sammlung« mit ihren bis zu 2.500 Kunstwerken, die nie ihren Eigentümern beziehungsweise deren Erben rückerstattet wurde. Die ungarische Regierung hat zwar im Jahre 2013 ein Gesetz »über den Nachweis des legalen Besitzes von Kunstgegenständen« erlassen, doch die Erben können in Ermangelung einer einschlägigen Forschung die Rückgabe nicht durchsetzen. So wur-

den in den ungarischen Museen Ausstellungsstücke, die den rechtmäßigen Besitzern entwendet wurden, formal legalisiert.

Viktor Orbán ist kein wirklicher Demokrat, unabhängig davon, ob er von »liberaler« oder »illiberaler« Demokratie spricht. Das beweist nicht nur die Zulassung offen antisemitischer Äußerungen im ungarischen Parlament, sondern auch die versuchte Knebelung der nicht-regierungstreuen Medien und die Erschwerung der Oppositionspolitik. Genau das bestätigte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang Februar in Budapest: »Ich habe hingewiesen, dass, auch wenn man eine sehr breite Mehrheit hat, es sehr wichtig ist, in einer Demokratie die Rolle der Opposition, die Rolle der Zivilgesellschaft, die Rolle der Medien zu schätzen.«

Diesen Standpunkt vertraten auch der US-Politologe Charles Gati, Professor an der renommierten John Hopkins Universität, und der amerikanische Diplomat André Goodfriend auf einer Veranstaltung der »Demokratischen Koalition« (DK), die unter dem Titel »Isoliertes Ungarn in einer globalisierten Welt« lief. Die ungarische Regierung wurde gewarnt, mit der Korruption in führenden Stellen aufzuhören und – als NATO-Mitglied – »Geldquellen« nicht in Russland zu suchen.

Auch die offensichtliche Lüge ungarischer Fidesz-Politiker, dass die USA die Orbán-Regierung stürzen wolle, hilft dem aus eigenem Verschulden isolierten Land nicht weiter. Der DK-Präsident Ferenc Gyurcsány bestätigte, dass Ungarn in den letzten dreißig, fünfunddreißig Jahren nie so isoliert war wie jetzt. Der einstige Staatssekretär im Außenministerium der Gyurcsány-Regierung, Mátyás Eörsi, betonte, Ungarn betreibe jetzt keine Außen-, sondern nur eine Innenpolitik und habe keinen Freund, keinen Verbündeten mehr in Europa.

Auch der Herausgeber und Chefredakteur der in Wien erscheinenden »Europäischen Rundschau«, Paul Lendvai, merkte in seiner Rede an, dass das »internationale Bild Ungarns seit fünfzig Jahren nicht so schlecht war wie jetzt.« Die EU-Politik Ungarns definierte Lendvai mit dem Ausdruck »Geld ja, Fahne nicht« und meinte damit die Bereitschaft Orbáns, zwar Geld, aber nicht die europäische Idee aus Brüssel empfangen zu wollen. Diese Einschätzung teilt auch die ehemalige Außenministerin Kinga Göncz, die die heutigen Diplomaten mit »Hausierern« verglich, die in der Welt um einen »guten Ruf Ungarns betteln«.

Die schlechte wirtschaftliche Situation, die Isolierung des Landes, die zunehmende Minderheitenfeindlichkeit und vor allem der rabiate Antisemitismus treiben Ungarn – infolge der Regierungspolitik von Orbán – in eine internationale Sackgasse, aus der es unendlich schwer sein wird, wieder herauszukommen und zumindest das Prestige des »Gulyáskommunismus« der Kádár-Zeit zu erreichen.